

Alternative für Deutschland – Schillstraße 9 – 10785 Berlin

LSVD
Klaus Jetz
Hülchrather Str. 4
50670 Köln

Berlin, 26.06.2017

Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Jetz,

zu Ihrem Schreiben vom 20.04.2017 an die AfD-Bundesgeschäftsstelle möchten wir zu Ihren eingesandten Wahlprüfsteinen wie folgt Stellung nehmen:

Zitat aus der Präambel des Grundsatzprogramms der AfD:

„(...) Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.“

Zitat aus der Präambel der „Homosexuellen in der Alternative für Deutschland – Alternative Homosexuelle“ (AHO):

„Im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott, Deutschland, den Menschen und unserer Partei haben wir, die Mitglieder der „Homosexuellen in der AfD“, die Pflicht, zum Wohle der Freiheit und Wohlfahrt unserer Nation zu wirken. Wir erteilen jedem Vereinnahmungsversuch der Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuellen durch den linken Zeitgeist eine klare Absage und bekennen uns zu den Werten des Rechtsstaats und Positionen der Alternative für Deutschland. Als Vertreter der bürgerlichen, konservativen und liberalen Homosexuellen verurteilen und bekämpfen wir alle gegen Deutschland und im Besonderen gegen die Homosexuellen gerichteten Bedrohungen jedweder Weltanschauung. Wir bekennen uns zum innerparteilichen Pluralismus und zum demokratischen Diskurs.“

Zitat aus dem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017:

„Für ein klares Familienbild - Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich
Gender-ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann. Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie, als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen. (...)“

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativ fuer.de
Web: www.alternativ fuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

Wir von der AfD stehen zu Frauen- und Homosexuellenrechten, doch der Gesamtrahmen, in den wir diese eingebettet sehen wollen, ist ein anderer. Die Ganzheit des Menschenbildes ist für uns wichtig und zwingt uns dazu, auch einen diese Ganzheit betonenden Rahmen zu suchen.

Rein fachlich ist zu Gender Mainstreaming zu sagen, dass die EU-Politik (Lunacek-Bericht) u.a. sehr wenig damit zu tun hat, für Frauen, Schwule usw. das Leben zu verbessern. Vielmehr werden Eingriffsrechte des Staates betont und scheinbare Wahlmöglichkeiten des Individuums geradezu ins Lächerliche überbetont. Wir von der AfD glauben nicht an das progressive Versprechen neuerer Konzepte, wir glauben an die Entwicklungsfähigkeit von Familie und Nation. Insofern sind wir konservativ. Aber wir kritisieren die Staatsüberhöhung als gesellschaftsfeindlich und den Scheinindividualismus als demokratiegefährdend. Wir sehen die Entwicklung des westlichen Individualitätsgedankens und des demokratischen Staates vor dem Hintergrund von christlicher Familie und Nation und nicht getrennt davon. Das ist der Unterschied zu anderen, aber nicht eine immanente Frauen- oder Schwulenfeindlichkeit.

Schließlich ist vom rein humanitären Standpunkt zu sagen, dass wir uns wegen des gesagten unmittelbarer an der Seite kämpferischer Frauen und Homosexueller sehen, als jede andere Partei. Denn wir wollen die Werte des Grundgesetzes und die Errungenschaften einer jahrhundertelangen Entwicklung Deutschlands und des Westens verteidigen und im Bewusstsein der Nation verankern. Wir sehen nicht, dass das Abschlagen der historischen Wurzeln der Emanzipation dieser Emanzipation in irgendeiner Weise nutzt.

1.

Ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander und Akzeptanz im Alltag stärken!

Diskriminierung und Ausgrenzung schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ideologien der Ungleichwertigkeit, die Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit als alleinige Normen definieren, tabuisieren, werten ab und grenzen aus. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* (LSBTI) haben in den letzten Jahrzehnten viel an Akzeptanz erkämpft und gewonnen. Dennoch werden sie im Alltag auch heute noch oft als Menschen zweiter Klasse behandelt, verleugnet, beleidigt, verbal oder gar physisch bedroht und angegriffen. Das darf nicht hingenommen werden.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI auch im Alltag an jedem Ort offen und angstfrei leben können?

Die Alternative für Deutschland steht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Als Demokraten bekennen wir uns dazu, dass der Schutz der körperlichen Unversehrtheit sowie die Wahrung der persönlichen Ehre und Würde aller Menschen, die in diesem Lande leben, garantiert werden, und zwar unabhängig von Merkmalen wie Herkunft, Ethnie oder auch der sexuellen Orientierung.

Körperliche Übergriffe und verbale Aggressionen in Form von Beleidigungen oder Drohungen gegen Personen aufgrund deren sexueller Orientierung verurteilen wir auf das Schärfste und fordern dem jeweiligen Delikt entsprechend harte juristische Konsequenzen.

Die Alternative für Deutschland sieht sich als Partei des Rechtsstaates und der inneren Sicherheit. Wir glauben, dass es härtere juristische Konsequenzen für Gewalttäter geben muss.

Menschenverachtende Jagdszenen auf Homosexuelle darf es - psychisch wie physisch- in Deutschland niemals geben. Eine Reform der von uns oft kritisierten deutschen „Kuscheljustiz“, die unserer Ansicht nach Gewalttäter nicht konsequent genug bestraft, käme daher auch Menschen mit einer LSBTI-Orientierung zugute!

Darüber hinaus ist die AfD die einzige demokratische Partei, die etwa einen kulturbedingten Hass auf Homosexuelle klar anspricht und kritisiert. Durch den Zuzug von Personen aus dem islamischen Kulturkreis wird ein Weltbild in unser Land importiert, in dem LSBTI eine minderwertige Position einnehmen. Die Grundlage für unser Zusammenleben kann aber primär kein göttlich abgeleitetes Recht sein, wie etwa die Scharia! Unser Zusammenleben fußt auf dem Grundgesetz. Wer also nach Deutschland kommt, muss sich integrieren und dem Wertekanon des Grundgesetzes anpassen. Dazu

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativefuer.de
Web: www.alternativefuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

gehört auch, dass andere Formen der Lebenspartnerschaft als die klassische Beziehung „Mann – Frau“ akzeptiert werden. Dazu bekennen wir uns!

Wie wollen Sie dafür eintreten, dass der Nationale Aktionsplan gegen Homophobie und Transfeindlichkeit klare zeitlich definierte Zielvereinbarungen, belastbare Selbstverpflichtungen der zuständigen staatlichen Stellen und angemessene Haushaltsmittel zur Prävention und Bekämpfung von Homophobie und Transfeindlichkeit umfasst?

Wie wollen sie von der Bundesebene aus darauf hinwirken, dass in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eine angemessene Thematisierung unterschiedlicher sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und Familienformen stattfindet, damit LSBTI* und Kinder aus Regenbogenfamilien die Erfahrung einer frühen Ausgrenzung und Diskriminierung erspart bleibt?

Wir unterstützen Erziehung zu liberalen und konservativen Werten: Toleranz, Mitgefühl, Verantwortung sind selbstverständlich. Die Thematisierung der Vielfalt unterschiedlicher sexueller Orientierungen soll aus unserer Sicht kein Tabu sein. Im Schulunterricht sollen Homo- und Transsexualität auf keinen Fall ausgespart werden.

Aber: Hier gilt nicht ideologisch vorzugehen. Pädagogen sollten Schülern nichts „aufdrängen“, was sie über dieses Thema nicht wissen möchten. Die persönliche Auseinandersetzung der Schüler mit der eigenen Sexualität ist eine zutiefst private Angelegenheit, zu der sie nicht gedrängt werden dürfen. Die Elternrolle wollen wir insgesamt gestärkt sehen. Deshalb lehnen wir die gegenwärtige Form der sogenannten Bildungspläne ab.

Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht, wie sie die sogenannte „Sexualpädagogik der Vielfalt“ praktiziert, stellt einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar. Dadurch werden Kinder und Jugendliche – oft von schulfremden Personen und meist gegen den Willen ihrer Eltern – in Bezug auf ihre sexuelle Identität verunsichert, überfordert und in ihren Schamgefühlen verletzt.

Die AfD stellt sich allen Versuchen klar entgegen, durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen das bewährte, traditionelle Familienbild zu beseitigen.

Unsere Kinder dürfen nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden. Das ideologische Experiment der Frühsexualisierung ist sofort zu beenden.

Massivste Ausdrucksform von Homophobie und Transfeindlichkeit ist Gewalt.

Wie wollen Sie sich für ein Bund-Länder-Programm zur Prävention und Bekämpfung von Hassgewalt sowie eine Gesetzgebung gegen Hasskriminalität einsetzen, die keine Opfer ausschließt, sondern die Motive Homophobie und Transfeindlichkeit ausdrücklich im Gesetzestext (5 46, 5 130 S)GB) benennt?

Schwulen und Transfeindlichkeit verurteilen wir auf das Schärfste. Die Alternative für Deutschland sieht sich als Partei des Rechtsstaates und der inneren Sicherheit. Wir glauben, dass es härtere juristische Konsequenzen für Gewalttäter geben muss. Dazu muss sichergestellt werden, dass unsere Gesetze wieder vollumfänglich und ohne kulturellen Rabatt zum Einsatz gebracht werden.

Ergänzungen, die den schwammigen Begriff der „Hasskriminalität“ greifbarer machen, sind grundsätzlich zu begrüßen. Wir möchten besonders auch in diesem Zusammenhang konkret von „Hass auf Homosexuelle“ sprechen. Den Gebrauch des Wortes „Homophobie“ und andere Entgleisungen sogenannter politischer Korrektheit lehnen wir ab. Diese gehören als Totschlagargument nicht in die politische Auseinandersetzung.

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativefuer.de
Web: www.alternativefuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

2.

Endlich #EheFürAlle und volle Anerkennung von Regenbogenfamilien durchsetzen!

Mit dem Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare wird signalisiert, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen gegenüber heterosexuellen Beziehungen als minderwertig angesehen werden. Inzwischen haben 14 (!) europäische Staaten das Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare aufgehoben. Deutschland zählt nicht dazu.

Zudem sind Regenbogenfamilien rechtlich noch immer Familien zweiter Klasse. Das geht zu Lasten der Versorgung und Absicherung der Kinder in Regenbogenfamilien. Für den LSVD steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Zudem muss das Recht auf Familiengründung für alle gelten. Es gibt keinen sachlichen Grund, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften die Familiengründung durch Adoption oder Insemination generell zu verwehren. Unterstützen Sie das Recht auf Familiengründung insbesondere durch gemeinsames Adoptionsrecht, Pflegschaft, Reproduktionsmedizin und Modernisierung des Familienrechts?

Werden Sie die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare durch eine entsprechende Ergänzung in § 1353 BGB durchsetzen?

Werden Sie einen Koalitionsvertrag nur dann unterzeichnen, wenn darin die Öffnung der Ehe enthalten ist?

Da sich die Alternative für Deutschland auch in einer politisch liberal-freiheitlichen Tradition verhaftet sieht, sind wir für den Grundsatz „so viel Freiheit wie möglich, so wenig Beschränkungen wie nötig“. Wir stehen daher dafür ein, dass jeder Mensch in unserem Land so freiheitlich wie möglich leben kann. Dazu gehört selbstverständlich auch die freie Ausübung der eigenen Sexualität.

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist als emanzipatorische Leistung zu würdigen. Sie stellt bereits jetzt in fast allen Rechtsbereichen die Gleichstellung von verantwortlichen Partnerschaften dar. Wir begrüßen den Status Quo das Stiefkind – Adoption und unterstützen aktiv die Pflegeelternschaft von geeigneten homosexuellen Paaren.

Gesellschaftliches Leitbild ist für uns das Bild einer klassischen Familie mit Kindern und einem modernen Wertekanon: Verlässlichkeit und Verantwortung füreinander und die Gesellschaft.

Homosexuelle Paare teilen diese Werte vollumfänglich. Den Begriff der Ehe auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften anzuwenden, lehnen wir ab. Eine Unterscheidung zwischen Ehe und Partnerschaft ist sinnvoll, weil es einen existenziellen Unterschied gibt. Eine phänomenologische Gleichbetrachtung widerstrebt dem gesunden Menschenverstand. Homo- und Heterosexualität sind nicht dasselbe und in ihrer Unterschiedlichkeit und Besonderheit zu würdigen und zu akzeptieren.

3.

Diskriminierung gegen LSBTI* gesetzlich beseitigen!

Die Abschaffung von Ungleichbehandlungen und ein wirksamer Diskriminierungsschutz sind für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unabdingbar. Die fehlende Berücksichtigung der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität in Art. 3, Abs. 3 des Grundgesetzes wirkt sich bis heute negativ auf die Lebenssituation von LSBTI aus. Der Gleichheitsartikel des Grundgesetzes muss um ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ergänzt werden.

Intergeschlechtliche haben als gleichberechtigte Menschen ein Recht auf freie Entfaltung und Entwicklung. Sie müssen einen angemessenen Platz in der Rechtsordnung erhalten. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum Menschen nach deutschem Recht zwangsweise entweder männlich oder weiblich sein müssen.

Vorbilder für die Anerkennung der Geschlechtsidentität können die Rechtsordnungen von Argentinien oder Malta sein. Dort kann jeder Mensch

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativ fuer.de
Web: www.alternativ fuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

die Änderung des Vornamens und des eingetragenen Geschlechts beantragen, wenn diese nicht mit der eigenen Geschlechtsidentität übereinstimmen. Anders als in Deutschland müssen Transso keine demütigenden und langwierigen bürokratischen Verfahren mit zwei gerichtlich bestellten Begutachtungen überstehen.

Das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) weist noch Lücken auf. Zudem blockiert Deutschland auf EU-Ebene seit Jahren eine Gleichbehandlung im Antidiskriminierungsrecht. Das geht nicht zuletzt zu Lasten der Rechte von LBSTI*, die ihn einer Reihe von EU Mitgliedsstaaten noch erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Sind Sie für eine Ergänzung des Gleichheitsartikels unserer Verfassung um das Kriterium der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität?"

3 Wie werden Sie intergeschlechtlichen Menschen in unserer Rechtsordnung Selbstbestimmung und rechtliche Anerkennung ermöglichen, d.h. unbürokratisch Alternativen zum Personenstand „männlich“ bzw. „weiblich“ anbieten?

Wie möchten Sie eine Reform des Transsexuellenrechts auf den Weg bringen, die die Würde und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt und durch die Antragslösung demütigende Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung beseitigt?

Wie wollen Sie sich für eine Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes einsetzen, insbesondere für ein Verbandsklagerecht sowie für die Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften?

Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass Deutschland auf EU-Ebene seinen Widerstand dagegen aufgibt, LSBTI* im europäischen Recht den gleichen Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten, wie er bereits hinsichtlich der ethnischen Herkunft oder des Geschlechts besteht?

Die Bürgerrechte von Schwulen, Lesben und Transgendermensen werden nur in einem finanz- und wirtschaftspolitisch verantwortungsvoll geführten Staat langfristig geschützt werden können. Selbstbewusste Nationen und nicht überbordende Institutionen integrieren und schützen die in ihr lebenden Gruppen, z.B. Homosexuelle am besten und geben Identität und staatsbürgerliche Verantwortlichkeit.

Für uns ist besonders wichtig, dass unsere abendländische Wertegemeinschaft und unsere deutsche Leitkultur respektiert, akzeptiert und auch gelebt wird! Religiöse und persönliche Befindlichkeiten haben sich dem unterzuordnen.

Wir bestehen darauf, die Diskussion über die angestrebten Rechtsprechungen von der Genderideologie zu entkoppeln.

4. Das Recht auf Respekt in allen Lebensaltern verwirklichen!

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In dieser Phase fällt für LSBTI zumeist ihr Coming-out, so dass ihre Lebenssituation zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt ist. Es muss gezielt auf ein diskriminierungsfreies Umfeld auch für LSBTI-Jugendliche hingearbeitet werden.

Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren und alten LSBTI. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTI aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität massive Auswirkungen hat. Zudem sind Frauen angesichts des Gender Pay Gaps in Erwerbsbiographien und Entlohnung und des daraus resultierenden Gender Pension Gaps stark von Altersarmut bedroht, was die Selbstbestimmungs- und Teilhabe Möglichkeiten weiter einschränkt.

Frauenpaare sind von Gender Pay Gap und Pension Cap potenziell doppelt betroffen. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativfuer.de
Web: www.alternativfuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

ambulanten und stationären Angebote der Altenpflege sind zumeist nicht für die besonderen Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTI ausgerichtet. Aus Angst vor Vorbehalten und Diskriminierung durch die Mitarbeitenden oder Mitbewohner*innen werden wichtige und identitätsstiftende Aspekte der Biografie verschwiegen oder verleugnet. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte jedoch in allen Lebensphasen verwirklicht werden. Wie beabsichtigen Sie, kompetente Aufklärungs-, Beratungs- und Antidiskriminierungsangebote zu sichern, gezielt Benachteiligungen abzubauen und LSBTJugendliche gegen Vorurteile und Anfeindungen zu unterstützen?
Wie wollen Sie eine angemessene Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von älteren LSBTI in allen Bereichen der Senior*tinnenpolitik und der Altenhilfe gewährleisten?

5.

Eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTI hat nachhaltige psychosoziale Folgen für die Betroffenen. Wir fordern Psychologie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen auf, LSBTI vorurteilsfrei gegenüberzutreten. Wenn diese bei einem Praxisbesuch negative Reaktionen oder gar medizinische Gewalt befürchten müssen, dann beeinträchtigt das die gesundheitliche Versorgung massiv. Studien und Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI fehlen nach wie vor.

Sogenannte „Umpolungs- und Konversionstherapien“, die vor allem von religiös-fundamentalistischen Organisationen angeboten werden, zielen ausgehend von einer Abwertung von Homosexualität und Transsexualität auf eine Änderung von Sexualverhalten, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität ab und sind insbesondere für Jugendliche sehr belastend.

Intergeschlechtliche Menschen erleben das Gesundheitswesen oft als Ort der Gewalt. Arzt*innen in Deutschland unternehmen bis heute unnötige Genitaloperationen an Kindern. Statt die Annahme natürlicher Zweigeschlechtlichkeit zu hinterfragen, werden Menschen, „passend“ gemacht. Diese Operationen sind keine Heileingriffe, sondern verletzen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde von intergeschlechtlichen Menschen und verstoßen gegen die UN Kinderrechtskonvention. Trans* Personen wird eine bestmögliche physische und seelische Gesundheit oftmals unmöglich gemacht. Die Psychopathologisierung von Transidentitäten und entwürdigende Zwangsbegutachtungen gehören abgeschafft. Trans* müssen das Recht haben, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Die oft langwierigen Verfahren bei den Krankenkassen zur Kostenübernahme für geschlechtsangleichende Maßnahmen und Operationen müssen durch entsprechende Richtlinien vereinfacht, beschleunigt und vereinheitlicht werden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass LSBTI Zugang zu einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung haben, die sich an den Bedürfnissen orientiert?

Wie wollen Sie sich für einen LSBTI-Gesundheitsbericht einsetzen und verstärkt Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI ermöglichen?

Wie wollen Sie die Entpathologisierung von Trans- und Intergeschlechtlichkeit durchsetzen?

Wie werden Sie sich für ein Verbot von medizinisch nicht notwendigen OPs an Inter* ohne deren Einwilligung einsetzen?

6 Wie wollen Sie gegen „Umpolungs-“ oder „Konversionstherapien“ vorgehen?

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativfuer.de
Web: www.alternativfuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

Wir möchten, wie eingangs postuliert, das Grundgesetz wieder vollumfänglich zur Geltung bringen. Für alle Menschen.

Die Debatte über mögliche bzw. notwendige rechtliche, verwalterische oder medizinische Schritte ist von der Ideologie des Gender Mainstreaming loszulösen.

Die Alternative für Deutschland sieht sich auch in einer politisch liberal-freiheitlichen Tradition verhaftet. Daher sind wir für den Grundsatz „so viel Freiheit wie möglich, so wenig Beschränkungen wie nötig“. Wir stehen dafür ein, dass jeder Mensch in unserem Land so freiheitlich wie nur irgend möglich leben kann. Dazu gehört selbstverständlich auch die freie Ausübung der eigenen Sexualität. Die AfD steht für einen schlanken Staat für freie Bürger. Wir glauben nicht an die Wirksamkeit staatlicher vereinheitlichender Regelungswut in Bezug auf die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung des Individuums. Ein jeder möge Leben, wie er es für richtig hält, so lange es im Rahmen der gültigen Gesetze stattfindet und die Rechte anderer Personen nicht eingeschränkt werden und zwar in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit.

6.

Eine LSBTI inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen!

Das gesellschaftliche Klima ist gespalten. Neben weiterhin großer Hilfsbereitschaft artikuliert sich oft offener Hass und es gibt ein erschreckendes Ausmaß rassistischer Angriffe auf Geflüchtete und Einrichtungen für geflüchtete Menschen. Das erleben auch LSBTI-Geflüchtete so. Zusätzlich machen sie nicht selten spezifische LSBTI feindliche Erfahrungen in den Unterkünften, im öffentlichen Raum oder im Asylverfahren. Weiterhin gibt es oft lange Wartezeiten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Zudem ist die Qualität der BAMF Entscheidungen oft mangelhaft, sodass Geflüchtete oftmals den Rechtsweg beschreiten müssen.

Geflüchtete aus den so genannten „sicheren Herkunftsstaaten“ treffen auf beschleunigte Verfahren, fehlende Beratung und eine Residenzpflicht in gesonderten Aufnahmeeinrichtungen. Sicherheit und faire Asylverfahren sind gerade für LSBTI-Geflüchtete massiv gefährdet. In Deutschland gelten einige Staaten trotz der dortigen Kriminalisierung von Homosexualität als „sichere Herkunftsstaaten“ oder sind für diese Einstufung im Gespräch. Wenn Verfolgerstaaten als „sicher“ bewertet werden, macht sich Deutschland im weltweiten Kampf um Entkriminalisierung unglaubwürdig.

Viele Geflüchtete kommen aus Ländern, in denen sich demokratische Traditionen kaum entfalten konnten, in denen gleichgeschlechtliche Beziehungen strafrechtlich verboten sind und LSBTI staatlich und gesellschaftlich massiv verfolgt werden. Daher müssen sämtlichen Programme zur Integration und Materialien zum Spracherwerb darauf ausgerichtet sein, Demokratie und individuelle Freiheitsrechte zu fördern. Die Rechte von LSBTI müssen Regelthema in Integrations- und Sprachkursen werden und verpflichtenden angemessenen Raum erhalten.

Was wollen Sie tun, damit LSBTI-Geflüchtete vor rassistischen und LSBTIfeindlichen Übergriffen in und außerhalb von Unterkünften besser geschützt werden?

7 Wie stehen Sie dazu, dass Staaten trotz einer Kriminalisierung einvernehmlicher Sexualität als „sichere Herkunftsstaaten“ gelten bzw. gelten sollen?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass in Integrationsprogrammen und - Maßnahmen die Lebenssituation und Nichtdiskriminierung von LSBTI als demokratische Wertevermittelt werden?

Dies gilt es genau zu prüfen. Die Einstufung von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ muss der Einzelfallprüfung von Asylgesuchen keinen Abbruch tun. Es kann in Einzelfällen über Härtefallregelungen Bleiberecht erwirkt werden.

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativefuer.de
Web: www.alternativefuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

Antischwule und transfeindliche Gewalt in Flüchtlingsheimen ist nicht zu tolerieren. Aktiver Schutz aller Homosexuellen in unserem Staate, der einheimischen wie der wirklichen Flüchtlinge, muss Vorrang haben vor dem Missbrauch sexueller Minderheiten für Ideologien. Wir sind generell gegen gesonderte Aufnahme- und Aufenthaltseinrichtungen für sexuelle oder religiöse Minderheiten. Wir empfinden die Notwendigkeit dazu als einen unhaltbaren Zustand, der in der verantwortungslos herbeigeführten heutigen Situation freilich unausweichlich erscheint. Unsere Regeln und unsere Gesetze sind unabdingbar zur Kenntnis und zur Anwendung zu bringen. Hier gilt das Grundgesetz sowie deutsches Recht – nicht die Scharia. Ein Einwanderungsstopp für kulturfremde Menschen stärkt auch die Akzeptanz von gesellschaftlichen Untergruppen. Denn durch klare Regeln zeigen wir auf, dass Deutschland ein Land ist, das auf dem Asylrecht, dem Schutz von Bürgerrechten, sowie den Kinder- Frauen- und Minderheitenrechten beruht.

7.

Menschenrechte von LSBTI in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern!

Gefängnis, Todesstrafe, Folter und Gewalt - in vielen Ländern müssen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und InternMenschen (LSBTI) in ständiger Gefahr und Angst leben. Politische und religiöse Führer schüren oft ein Klima des Hasses und der Verfolgung. Gewalttaten gegen Homosexuelle, Trans* und Inter*Menschen bleiben meist ungeahndet. Denn Polizei und andere Staatsorgane verweigern oftmals jede Hilfe oder sind selbst an der Hetze und Gewalt beteiligt. Trotzdem treten mutige Menschen heute auf allen Kontinenten für die Rechte von LSBTI ein und machen deutlich, dass die Menschenrechte für alle gelten. Als Menschenrechtsstiftung des LSVD unterstützt die „Hirschfeld-Eddy-Stiftung“ den weltweiten Kampf gegen brutale homophobe und transfeindliche Gesetze, staatliche Zensur und gesellschaftliche Ausgrenzung.

Der Regierungswechsel in den USA reißt auch im Bereich LSBTI-Politik eine schmerzhaft Lücke, die ausgefüllt werden muss. Die Bundesregierung muss sich zusammen mit der EU verstärkt auf diplomatischer Ebene für die Menschenrechte von LSBTI in aller Welt stark machen, etwa auf UN-Ebene und im Europarat. Zudem muss die Bundesregierung auch mehr finanzielle Unterstützung für LSBTI-Menschenrechtsprojekte im Globalen Süden und Osteuropa leisten.

Was werden Sie tun, damit Deutschland und die EU in der Auswärtigen Politik und auf diplomatischer Ebene größere Anstrengungen unternehmen für den Menschenrechtsschutz von LSBTI?

B

Wie wollen Sie erreichen, dass Deutschland und auch andere Geberländer endlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen für die Unterstützung von LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen im Globalen Süden und Osteuropa?

Wie beabsichtigen Sie, das diplomatische Personal einschließlich der Botschafter*innen stärker für die Menschenrechte von LSBTI zu sensibilisieren?

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Arbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung langfristig und nachhaltig durch staatliche Mittel abgesichert wird?

[beschlossen auf dem 29. LsvD-Verbandstag am 01.04.2017 in Berlin]

Auch im Ausland treten wir für eine Entkopplung der LSBTI-Fragen von der Ideologie des Gender-Mainstreaming ein.

Wir werden generell größte Anstrengungen zum Schutz von Menschenrechten anstreben. Den LSBTI fällt hier keine Sonderrolle zu.

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativefuer.de
Web: www.alternativefuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



AfD-Bundesgeschäftsstelle
Planung und Organisation
Schillstraße 9 - 10785 Berlin
Tel. +49 (0) 30 - 2 20 56 96 - 11
Fax: +49 (0) 30 - 2 20 56 96 - 29
planung-organ@alternativfuer.de

Jánina Langos

Referentin Planung und Veranstaltungen

Sitz und Postanschrift:
Alternative für Deutschland
Schillstraße 9
10785 Berlin

Tel: +49 30- 2 20 56 96- 0
Fax: +49 30- 2 20 56 96- 29
E-Mail: bgs@alternativfuer.de
Web: www.alternativfuer.de

Bankverbindung Spendenkonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

Bankverbindung Beitragskonto:
Berliner Volksbank e.G.
IBAN: DE19 1009 0000 2661 2620 12
BIC: BEVODEBB

Sprecher: Dr. Frauke Petry, Prof. Dr. Jörg Meuthen